

Müller, Gerald

Article — Digitized Version

Impulse der Wiedervereinigung auf die westdeutsche Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Müller, Gerald (1998) : Impulse der Wiedervereinigung auf die westdeutsche Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 78, Iss. 6, pp. 357-363

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/40112>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gerald Müller

Impulse der Wiedervereinigung auf die westdeutsche Wirtschaft

Von der Wiedervereinigung und ihrem Nachfrageboom gingen die unterschiedlichsten Impulse auf die westdeutsche Wirtschaft aus. In welchem Ausmaß profitierten hiervon die verschiedenen Wirtschaftssektoren? Konnten die anfänglichen positiven Beschäftigungseffekte insgesamt aufrechterhalten werden?

Analysen zur deutschen Wiedervereinigung beleuchten gemeinhin die Entwicklung in den neuen Bundesländern. Betrachtungen für die alten Bundesländer sind zumeist einseitig: Sie stellen entweder den induzierten Wirtschaftsboom in den Vordergrund und relativieren damit die westdeutschen Transferleistungen oder sie referieren über die Last der Einheit für die westdeutsche Wirtschaft und übersehen die Chancen und positiven Impulse. Beide Sichtweisen haben ihre Berechtigung. Auf den Nachfrageboom, der einen massiven Impuls in den Jahren 1990 und 1991 darstellte, folgte der dämpfende Effekt – verbunden mit der Aufbringung der Transferzahlungen.

Der vorliegende Artikel untersucht, wie sich die westdeutsche Wirtschaft entwickelt hätte, wenn es nicht zur Wiedervereinigung gekommen wäre. Neben der Betrachtung zentraler Aggregate wird der Entwicklung auf der Ebene der Wirtschaftsbereiche Beachtung geschenkt. Desgleichen wird es auch um die Frage gehen, ob im Zuge des Vereinigungsprozesses wirtschaftspolitische Fehler gemacht wurden¹.

Das makroökonomische Modell

Genutzt wird für die Analyse das makroökonomische Modell des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Mit dem Modell wurde eine nachträgliche Simulation für Westdeutschland, d.h. ohne die Vorhersehung der Ereignisse seit 1989, erstellt². Auf die eigentliche Besonderheit des IWH-Modells, nämlich die weitgehend nach Ost- und Westdeutschland getrennte Ausweisung volkswirtschaftlicher Aggregate wurde daher verzichtet, alle ostdeutschen Komponenten wurden ausgeblendet.

Gerald Müller, 30, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Insgesamt enthält das verwendete, verkleinerte Modell 56 Verhaltensgleichungen und 103 Definitionsgleichungen. Entsprechend werden unter Zuhilfenahme von 42 exogenen Variablen 159 volkswirtschaftliche Größen simultan geschätzt. Gedanklich läßt sich das Modell in sechs Hauptblöcke einteilen:

Der Block „Entstehung des Sozialprodukts“ spielt eine zentrale Rolle. In Abhängigkeit von den diversen Nachfrageaggregaten (z.B. privater Verbrauch, Ausrüstungsinvestitionen) wird die Bruttowertschöpfung in acht Wirtschaftsbereichen geschätzt. Die Zahl der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen hängt wiederum von der jeweiligen Bruttowertschöpfung sowie von den Arbeitskosten ab.

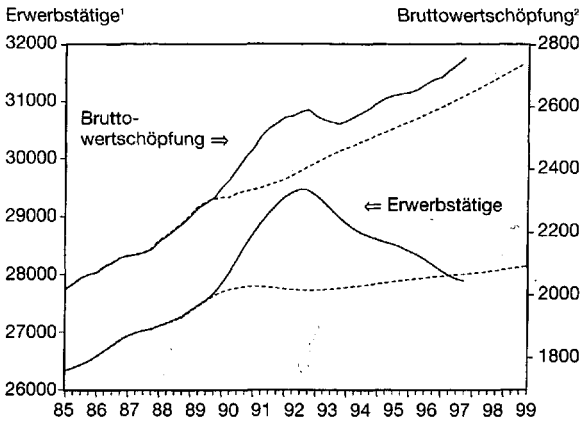
Im Block „Verwendung des Bruttosozialprodukts“ werden die maßgeblichen Nachfragekomponenten (privater Verbrauch, Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen sowie Importe und Exporte) geschätzt. Als erklärende Variablen wird dazu eine Auswahl zentraler Größen verwendet, beispielsweise für den privaten Konsum die Größen verfügbares Einkommen und langfristige Zinsen. Einfluß auf die verschiedenen Investitionsgrößen haben ebenfalls die langfristigen Zinsen, aber auch Lohnstückkosten, Abgabenquote, Kapazitätsauslastung, etc.

Das verfügbare Einkommen mit seinen Komponenten Nettolohn- und Gehaltssumme, Gewinn- und Ver-

¹ Diese Veröffentlichung beruht auf einer Arbeit, die im Rahmen der Strukturberichterstattung für das Bundesministerium für Wirtschaft durchgeführt wurde; siehe Vera Dietrich, Joachim Ragnitz, Jaqueline Rothfels u.a.: Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern, IWH-Sonderheft 1/1998, Halle 1998.

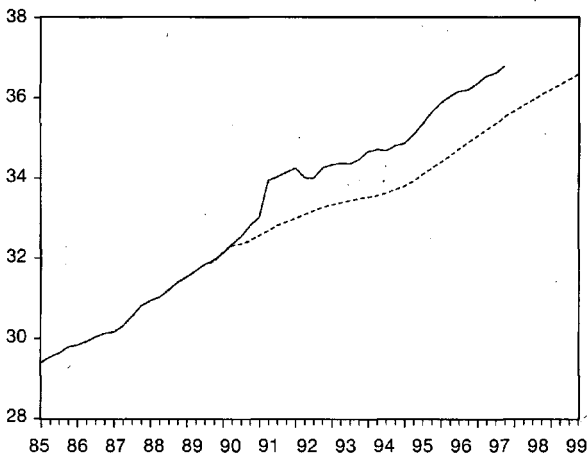
² Eine Prognose für Ost- und Westdeutschland über den Zeitraum 1996-2005 wurde an der Goethe-Universität, Frankfurt a.M. erstellt; vgl. Gerhard Gehrig: The Economy of East and West Germany, Macroeconomic Simulations until 2005, Frankfurt 1995.

Abbildung 1
Erwerbstätige und Bruttowertschöpfung in Westdeutschland, insgesamt
 (1985-1999)



¹ Durchschnitt der jeweils letzten vier Quartale, in Tausend.
² Summe der jeweils letzten vier Quartale, in Preisen von 1991, in Mrd. DM.

Abbildung 2
Arbeitskosten¹ in Westdeutschland
 (1985-1999)

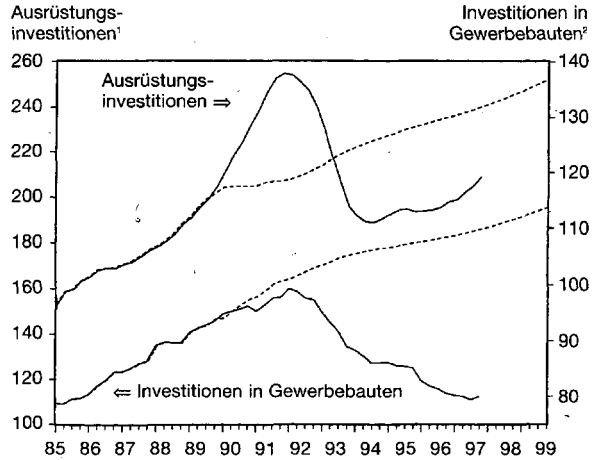


¹ in DM pro Stunde, real.

mögenseinkommen, Transferzahlungen an private Haushalte und Zinszahlungen auf Konsumentenschulden wird wiederum im Block „Verteilung des Bruttosozialprodukts“ erklärt.

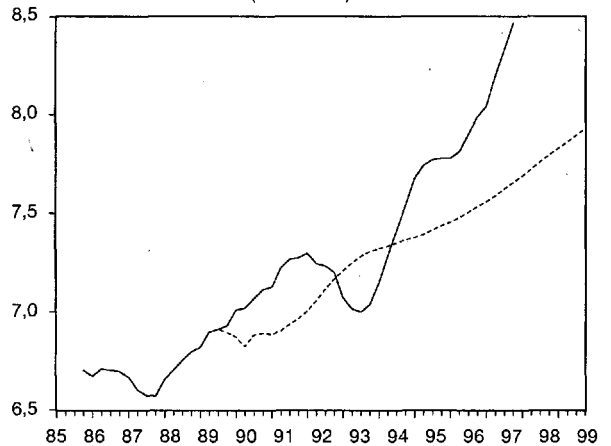
□ Im Block „Entwicklung der Güterpreise“ werden insgesamt 15 verschiedene Preisindizes geschätzt. Neben den Vergangenheitswerten gehen die nominalen Arbeitskosten, die Wechselkurse sowie die Geldmenge M3 in die Schätzungen ein. Der „monetäre Bereich“ dient der Prognose der Zinssätze und Geldmengenaggregate.

Abbildung 3
Ausrüstungsinvestitionen und Investitionen in Gewerbebauten in Westdeutschland
 (1985-1999)



¹ Summe der jeweils letzten vier Quartale, in Preisen von 1991, in Mrd. DM.

Abbildung 4
Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe¹ Westdeutschland
 (1985-1999)



¹ Monatliche Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, in Preisen von 1991, in Tausend DM.

□ Geldpolitische Maßnahmen lassen sich über eine Veränderung des Diskontsatzes simulieren.

□ Konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen lassen sich mit Hilfe des Blocks „öffentlicher Sektor“ simulieren. Hier werden die wesentlichen direkten und indirekten Steuern sowie die Beitragsaufkommen der Sozialversicherung errechnet. Finanzpolitische Maßnahmen lassen sich über die Veränderung der Steuer- und Beitragssätze simulieren sowie durch Anpassungen bei der Staatsverschuldung oder bei den Subventionen³.

Für die durchgeführte Simulation wurde zunächst die Entwicklung der exogenen Variablen geschätzt. So wurden etwa alle Steuersätze auf dem Stand von 1989 belassen, andere Variablen wurden ihrem Trend entsprechend fortgeschrieben. Mit Hilfe der ökonomischen Daten für die Jahre 1975 bis 1989 wurden die Modellparameter geschätzt und schließlich das Modell mit den exogenen Variablen für die Jahre 1990 bis 1999 gelöst.

Die Ergebnisse sind in ihrer Gesamtheit plausibel. Hierin liegt der Vorteil der Analyse mit Hilfe einer Simulation gegenüber einer Trendanalyse für einzelne Variablen: Die Simulationsrechnung kann die ökonomische Interdependenz auffangen, und sämtliche Aggregate können auf ihre Glaubhaftigkeit hin geprüft werden. Die gestrichelten Linien in den Abbildungen 1-5 zeigen – für einige ausgewählte Größen – die Ergebnisse der Simulationsrechnung, während die durchgezogenen Linien jeweils die tatsächliche Entwicklung wiedergeben.

Wirtschaftslage vor der Wiedervereinigung

„Die deutsche Wirtschaft geht mit viel Schwung in die neunziger Jahre. Die Auftragsbücher sind randvoll, und die Produktion läuft auf hohen Touren.“³ So lautete die Einschätzung des Sachverständigenrates 1989. Zu den Folgen der damals nur wenige Tage zurückliegenden Öffnung der Mauer konnte der Sachverständigenrat in seinem Bericht noch nicht Stellung nehmen. So prognostizierte der Sachverständigenrat einen wenn auch nur leichten Rückgang der Wachstumsraten in den meisten Industrieländern, doch sah man dies eher als eine Normalisierung an. Der Bericht warnte in einer Simulationsrechnung jedoch vor einer Reaktionskette dergestalt, daß die Tarifparteien sich angesichts der vollen Auftragsbücher auf höhere Tarifabschlüsse einigen, und die Bundesbank die Zinsen erhöhen könnte, um den Lohn- und Preisauftrieb zu bremsen. Dies wäre mit kontraktiven Folgen insbesondere für die Exporte verbunden.

Die Simulation mit dem IWH-Modell zeichnet ein ebenfalls recht positives Bild von der westdeutschen Wirtschaft am Vorabend der Wiedervereinigung und erstellt eine ebenso positive Prognose – ohne Voraus-

sicht der Wiedervereinigung – für die Entwicklung in den Jahren 1990-1997. Für 1997 läge die vom IWH-Modell simulierte Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1991) bei 2630 Mrd. DM (vgl. Abbildung 1), was einem jährlichen Wachstum von knapp 2% entspricht. Ebenso stiege der Simulation zufolge die Zahl der Erwerbstätigen bis Ende 1997 um 400 000 auf 28 Mill. Personen an (vgl. Abbildung 1). Deutlich über der Entwicklung der Bruttowertschöpfung läge die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen (vgl. Abbildung 3) sowie des Außenbeitrags. Die realen Arbeitskosten blieben hinter der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zurück, stiegen aber dennoch auf 35,50 DM pro Stunde an (vgl. Abbildung 2). Zuversichtlich ist das Simulationsergebnis hinsichtlich der Abgabenquote. Hier wird ein Absinken auf 38% für 1997 prognostiziert.

Vergleich mit der tatsächlichen Entwicklung

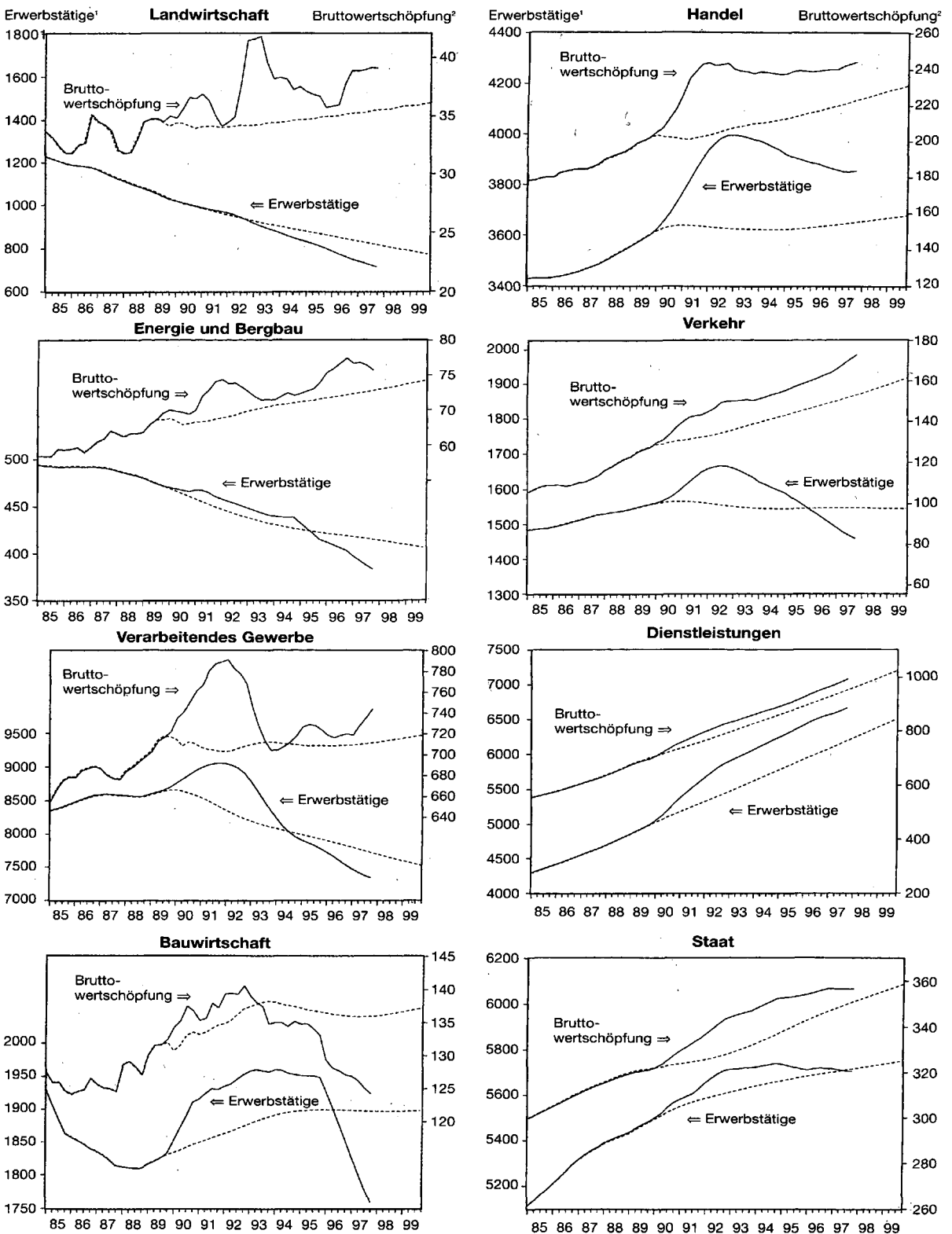
Durch die Öffnung der innerdeutschen Grenze, durch die Währungs- und Sozialunion sowie durch die Wiedervereinigung kam es in den Jahren 1990 und 1991 zu einem starken Anstieg der Nachfrage aus Ostdeutschland, der sich zunächst stimulierend auf die Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe, Handel sowie Verkehr auswirkte, in der Folge aber auch in allen anderen Wirtschaftsbereichen zur verstärkten Ausdehnung der Produktion führte (vgl. Abbildung 5). Auch die Zahl der Erwerbstätigen stieg sprunghaft von 27,3 Mill. Anfang 1989 auf 29,2 Mill. Ende 1991 an (vgl. Abbildung 1). Die gestiegene Nachfrage wurde zum Teil auch durch zusätzliche Importe gedeckt. Wies die Leistungsbilanz 1989 einen Überschuß von 147 Mrd. auf, so war seit Ende 1992 ein leichtes Defizit zu verzeichnen.

Wie der Vergleich mit den Ergebnissen der Simulationsrechnung des IWH-Modells zeigt, war der induzierte Nachfrageboom für einige Wirtschaftssektoren nur von vorübergehender Natur (vgl. Abbildung 5). Für das Verarbeitende Gewerbe begann der Rückgang bereits 1992. Bis 1994 ging die Bruttowertschöpfung um etwa 100 Mrd. DM zurück (in Preisen von 1991). Der Produktionseinbruch im Baugewerbe begann hingegen mit dem Jahreswechsel 1994/95. Trotz allem liegt die Bruttowertschöpfung (gemessen in Preisen von 1991), sieht man einmal von der Bauwirtschaft ab, für alle anderen westdeutschen Wirtschaftsbereiche über den errechneten Simulationsergebnissen.

³ Die Anwendungsmöglichkeiten derartiger Modelle sind sehr vielfältig. Hier sei auf die Studien mit dem INFORGE und dem RWI-Konjunkturmodell verwiesen; siehe beispielsweise Bernd Meyer, Georg Ewerhart: Lohnsatz, Produktivität und Beschäftigung, Ergebnisse einer Simulation mit dem disaggregierten ökonomischen Modell INFORGE, Beiträge des Institutes für Empirische Wirtschaftsforschung, Nr. 57, 1997; Ullrich Heilemann, György Barabas: Zur Finanzierung der deutschen Einigung – Eine optimal control-Analyse mit dem RWI-Konjunkturmodell, RWI-Papiere, Nr. 41, 1996.

⁴ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Weichenstellung für die neunziger Jahre, Jahresgutachten 1989/1990, Stuttgart 1989, S. 120 ff. Der Sachverständigenrat bezog sich dabei sicherlich auf die westdeutsche Wirtschaft.

Abbildung 5
Erwerbstätige und Bruttowertschöpfung in Westdeutschland nach Sektoren



¹ Durchschnitt der jeweils letzten vier Quartale, in Tausend. ² Summe der jeweils letzten vier Quartale, in Preisen von 1991, in Mrd. DM.

Anders jedoch die Situation bei den Erwerbstätigen (vgl. Abbildung 5). Anhaltend profitieren von dem Wiedervereinigungsboom konnten gemäß IWH-Modell nur die Wirtschaftsbereiche Handel und Dienstleistungen. Etwa eine halbe Million Arbeitsplätze sind zwischen 1990 und 1992 im Wirtschaftsbereich Dienstleistung zusätzlich zu den vom IWH-Modell prognostizierten Arbeitsplätzen entstanden. Das zusätzliche Wachstum fand in den Jahren 1990 bis 1993 statt. Allerdings läßt sich schwer einschätzen, welcher Anteil davon auf die Wiedervereinigung zurückzuführen ist. Auch andere Faktoren, die nicht vorherzusehen waren, mögen eine Rolle gespielt haben, etwa das vermehrte „Outsourcing“ der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Die Erwerbstätigenzahl des Handels erreichte 1992 ihren Höhepunkt und sinkt seitdem kontinuierlich ab.

In den anderen Wirtschaftsbereichen liegt die tatsächliche Erwerbstätigenzahl teilweise deutlich unter den von dem IWH-Modell errechneten Prognosewerten. Besonders stark war der Rückgang bekanntermaßen im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe. Hier waren Anfang 1998 nur noch 7,5 Mill. Personen erwerbstätig gegenüber 9,1 Mill. Personen 1992. Der von der Simulation errechnete Wert für Ende 1997 lag bei etwa 8 Mill. Personen. In der Summe über alle Wirtschaftsbereiche ergibt sich damit nur eine leichte Unterschreitung des prognostizierten Beschäftigungsniveaus. Die Quote der Arbeitslosen liegt hingegen etwa 1,7 Prozentpunkte über den mit dem IWH-Modell prognostizierten Werten. Dies liegt maßgeblich an dem im Zuge der Wiedervereinigung in Westdeutschland gestiegenem Arbeitsangebot.

Schwer zu beurteilen ist, welcher Anteil der Zuwanderung in den neunziger Jahren in direktem Zusammenhang mit der Wiedervereinigung steht und daher herausgerechnet werden sollte. Hier wurde die Gesamtbevölkerungszahl um eine Million Personen, also um etwa die Anzahl der nach Westdeutschland gezogenen Ostdeutschen, vermindert. Die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien beispielsweise wurden hingegen nicht herausgerechnet.

Mit Blick auf die Arbeitsproduktivität läßt sich feststellen, daß im Baugewerbe die Bruttowertschöpfung stärker zurückging als die Beschäftigung, die Arbeitsproduktivität folglich sank. Ebenfalls sank die Arbeitsproduktivität in dem Wirtschaftsbereich Dienstleistung, da die Zahl der Erwerbstätigen schneller stieg als die Bruttowertschöpfung. In allen anderen Wirt-

schaftsbereichen ist die Arbeitsproduktivität angestiegen, und dies in jedem Fall stärker, als es in der Simulation mit dem IWH-Modell prognostiziert wurde. Im Durchschnitt lag die Arbeitsproduktivität Ende 1997 5,2% über den mit dem IWH-Modell simulierten Werten. Überdurchschnittlich angestiegen ist sie beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe. Dort lag sie Ende 1997 10,6% über der mit dem IWH-Modell simulierten Arbeitsproduktivität (vgl. Abbildung 4).

Wurzeln der Arbeitsmarktkrise

Was ist gegenüber einer hypothetischen gleichmäßigen Entwicklung, wie sie möglicherweise ohne Wiedervereinigung abgelaufen wäre, anders verlaufen – so verlaufen, daß die derzeitige Situation als ökonomische Krise empfunden wird?

Das größte Problem ist gegenwärtig das hohe Unterbeschäftigungsniveau. Unabhängig von den Impulsen der Wiedervereinigung gab es eine Vielzahl von Faktoren, die ungünstig auf den westdeutschen Arbeitsmarkt gewirkt haben. Vor allem der Strukturwandel, im Sinne einer breit angelegten Erneuerung und Modernisierung der Produktionsprozesse, befand sich 1989 erst in einer Anfangsphase⁵. Die Wiedervereinigung mag hier durch den Nachfrageboom zunächst verzögernd gewirkt haben. Der darauffolgende Kostendruck ließ jedoch die Bereitschaft der Unternehmen zur Modernisierung zu einer Überlebensfrage werden und hat somit eher verstärkend gewirkt.

An dieser Stelle sollen als wichtige Bestimmungsgrößen des Beschäftigungsvolumens die Entwicklung der realen Arbeitskosten sowie der Investitionen, insbesondere der Ausrüstungsinvestitionen, im Verlauf der Wiedervereinigung betrachtet werden. Das IWH-Modell simuliert eine kontinuierliche Entwicklung der realen Arbeitskosten im Trend der letzten zehn Jahre. Demgegenüber kam es jedoch 1990 und 1991 zu einem unerwartet hohen Anstieg der Arbeitskosten. Seither liegen die Arbeitskosten um etwa 3,7% über den simulierten Werten (vgl. Abbildung 2).

Dieser Anstieg der Arbeitskosten konnte seitens der Unternehmen nur durch eine erhöhte Arbeitsproduktivität aufgefangen werden. Dies impliziert aus unternehmerischer Sicht, daß – neben einem arbeitsorganisatorisch effizienten Einsatz der Arbeitskräfte – auch das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu Ungunsten des Faktors Arbeit verändert wird. Empirisch läßt sich schwer etwas Genaues über den Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung sagen, da zunächst über die steigende Güternachfrage sogar ein positiver Zusammenhang zwischen

⁵ Ebenda, S. 14.

Beschäftigung und Löhnen bestehen kann⁶. Nichtsdestoweniger sind sich die meisten Ökonomen darüber einig, daß ein Anstieg der Löhne und Gehälter um 1% langfristig einen Rückgang der Beschäftigung um 0,5 bis 0,9% zur Folge hat⁷. In diesem Fall ließe sich also ausgehend von dem 3,7% höheren Niveau der Arbeitskosten ein Rückgang um 1,8 bis 3,3% der Beschäftigung errechnen (das wären 520 000 bis 930 000 Arbeitsplätze)⁸.

In der Entwicklung der Reallöhne spiegeln sich auch die erhöhten Abgaben- und Steuerlasten auf den Faktor Arbeit wider. Für die Unternehmen stieg die Kostenbelastung einerseits aufgrund des Arbeitgeberbeitrages, den sie an die Sozialkassen leisten müssen, andererseits konnten in den Tarifverhandlungen 1991/92 die Arbeitnehmer die zusätzlichen Lasten durch kräftige Lohnerhöhungen zunächst auf die Unternehmen abwälzen.

Während das IWH-Modell ein Absinken der gesamtdeutschen Abgabenquote errechnet, kam es de facto zu einer Erhöhung⁹. Wichtigster Grund hierfür sind die West-Ost-Transferzahlungen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger. Zwar sank die Abgabenquote kurz nach der Wiedervereinigung bis auf reichlich 40% ab, doch wurde Anfang April 1991 zur Finanzierung der deutschen Einheit der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 4,3% auf 6,8% angehoben. Der Beitragssatz zur Rentenversicherung wurde zwar um einen Prozentpunkt gesenkt, jedoch folgte im Juli 1991 die Einführung des Solidaritätszuschlags in Höhe von zunächst 7,5% der Steuerschuld¹⁰.

Entwicklung des Produktionspotentials

Ein zweiter wichtiger Einflußfaktor auf das Beschäftigungsniveau ist die Entwicklung des Produktionspotentials. Auch hier gibt es Indizien dafür, daß die deutsche Einheit wesentliche Auswirkungen hatte. Bis 1993 wurde mehr als erwartet in Westdeutschland investiert. Seitdem hat sich die Entwicklung umgekehrt, so daß Ende 1997 gegenüber der Simulation etwa 93 Mrd. DM weniger investiert wurden.

Sicherlich sind dies bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von 4700 Mrd. DM seit 1989 nur etwa 2%. Jedoch gibt nicht nur das seit 1993 konstant niedrigere Investitionsvolumen Anlaß zur Sorge, sondern auch seine Struktur. Die Wohnungsbauminvestitionen in Westdeutschland erreichten 1995 mit real 170 Mrd. DM einen Höhepunkt und lagen kontinuierlich um etwa 6,5% über der Prognose des IWH-Modells. Hier bestand ein hoher Nachholbedarf. Bei den Gewerbebauten verlief die Entwicklung in den neunziger Jahren sehr gedämpft. Seit 1993 gehen die Investitionen in Gewerbebauten sogar zurück. Aufschlußreich ist die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Nach dem Boom 1992 folgte ein steiler Rückgang, und 1994 bis 1995 befanden sich die Ausrüstungsinvestitionen mit 190 Mrd. DM auf dem Niveau von 1989. Erst im Verlauf von 1997 zogen die Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland wieder leicht an (vgl. Abbildung 3). Insgesamt wurden aber gegenüber der Simulation mit dem IWH-Modell etwa 59 Mrd. DM weniger in Ausrüstungen investiert. Dies zusammen mit dem Defizit bei den Gewerbebauten von etwa 128 Mrd. DM würde sich, unterstellt für einen Arbeitsplatz müßten 300 000 DM investiert werden, zu einem Minus von 600 000 Arbeitsplätzen aufrechnen lassen.

Beachtlich ist die Entwicklung des gesamtdeutschen Kapitalstocks. So wurden in Ostdeutschland seit 1990 etwa 700 Mrd. investiert. Dies beinhaltet selbstverständlich auch Investitionen aus ostdeutschen Ersparnissen, jedoch kann davon ausgegangen werden, daß etwa 500 Mrd. DM aus dem Ausland und aus Westdeutschland kamen¹¹.

Genutzte und ungenutzte Chancen

Der Wegfall der innerdeutschen Grenze stellt den Lehrbuchfall eines plötzlichen Verschwindens aller Handelsbarrieren dar und birgt für beide Regionen gemäß der Außenhandelstheorie potentielle Wohlfahrtsgewinne in sich, allein schon durch den Austausch von Gütern, aber vor allem durch den effizienteren Einsatz der Produktionsfaktoren. Hierzu müßten Fachkräfte mit bestimmten Qualifikationen und Produktionskapital nach Ostdeutschland wandern. Ein

⁶ Vgl. Hans Jürgen Ramser: Beschäftigung und Konjunktur, Berlin 1987.

⁷ Siehe Charlie Bean, Richard Layard, Stephan Nickell: The Rise in Unemployment: A Multi-Country Study, in: *Economica*, Vol. 53 (1986), Nr. 210, S. 9. Die Tabelle 3 in diesem Beitrag enthält für Deutschland einen Druckfehler. Die korrekte langfristige Arbeitsnachfrageelastizität lautet -0,83%.

⁸ Sinn schätzt die Arbeitsnachfrageelastizität sogar auf -2%; vgl. Hans-Werner Sinn: Factorprice Distortions and Public Subsidies in East Germany, CEPR Discussion Paper Nr. 1155, London 1995.

⁹ Siehe dazu Gert Leis: Das deutsche Transferproblem der neunziger Jahre, Europäische Hochschulschriften, Bd. 1630, Frankfurt 1994. Recht kritisch über die Finanzierung der deutschen Einheit äußert sich das Institut für Weltwirtschaft in Kiel; vgl. Alfred Boss, Astrid Rosenschön: Öffentliche Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Bestandsaufnahme, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 269, Kiel 1996.

¹⁰ Vgl. Ullrich Heilemann, Hermann Rappen: Was kostet uns die Einheit?, RWI-Papiere, Nr. 43, 1996, S. 12.

¹¹ Vgl. Christian Thimann: Aufbau von Kapitalstock und Vermögen in Ostdeutschland, Tübingen 1996.

weiterer positiver Effekt war von dem Technologietransfer zwischen den Regionen zu erwarten. Die positiven Effekte durch die Integration von Wirtschaftsräumen wurden mit Bezug auf den EU-Binnenmarkt nicht nur theoretisch dargestellt, sondern auch quantifiziert¹².

Die aus theoretischen Überlegungen abgeleiteten Bewegungen haben sich in der Tat vollzogen. Andere Anpassungen jedoch, die nötig gewesen wären, um beispielsweise das Beschäftigungsniveau zu halten, fanden nicht statt. Aufgrund der nach Ostdeutschland verlagerten Investitionen und der daher kraftlosen Entwicklung bei den westdeutschen Ausrüstungsinvestitionen (Abbildung 3) hätte in Westdeutschland die Lohnentwicklung sogar schwächer als prognostiziert verlaufen müssen. Daß dies nicht erfolgte, ist den Tarifparteien anzulasten. Zwar haben sich die Tariflöhne seit 1993 moderat entwickelt, doch die übermäßigen Steigerungen zu Beginn der neunziger Jahre wurden nicht korrigiert (vgl. Abbildung 2).

Zur Finanzierung der deutschen Einheit wäre es geboten gewesen, den Staatsverbrauch in Westdeutschland zügig zu drosseln. Auch hier ist das Gegenteil der Fall gewesen, was auch in der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl sowie der Bruttowertschöpfung im Bereich Staat zum Ausdruck kommt (vgl. Abbildung 5). Nach Berechnungen des RWI wurden die West-Ost-Transfers in den ersten Jahren überwiegend durch Kreditaufnahmen finanziert. Erst ab 1993 kamen erhöhten Steuereinnahmen und Ausgabeneinsparungen eine steigende Bedeutung zu¹³.

Zur Finanzierung beigetragen hat ebenfalls der Außenbeitrag, dessen Rückgang von vielen als Schwäche des Standortes Deutschland interpretiert wurde. Doch der Rückgang des Außenbeitrags ist auch unter dem Aspekt der Finanzierung der deutschen Einheit zu sehen. Problematischer als die Entwicklung des Außenbeitrags ist jedoch das Absinken der gesamtdeutschen Sparquote. So fiel in Gesamtdeutschland der Anteil der privaten Ersparnis am Bruttoinlandsprodukt von 12,5% Anfang 1990 auf weniger als 10%. Dies mag unter anderem ein Reflex auf die niedrigen Kapitalmarktzinsen sein. So wünschenswert der

Rückgang der langfristigen Zinsen aus Sicht der Investoren ist, so hemmend kann die Wirkung auf die Sparneigung der Bevölkerung sein.

Reagiert hat die Regierung auf die sinkenden Gewinne der Unternehmen, die 1994 einen Tiefstand erreichten. Wegen der gesunkenen Gewinne – aber in der Folge auch durch die Senkung der Steuersätze¹⁴, die Abschaffung der Vermögensteuer und die Einführung diverser Sonderabschreibungen – sank der Anteil der direkten Steuern der Arbeitgeber am Bruttoinlandsprodukt um 50% auf 2%¹⁵. Ebenfalls halbiert hat sich der Anteil der direkten Steuern der Arbeitgeber an den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Die seit 1997 wieder steigenden Ausrüstungsinvestitionen mögen Ausdruck der verbesserten Gewinnlage der Unternehmen sein. Ob sich dies auch auf den Arbeitsmarkt positiv auswirkt, wird die Zukunft zeigen. Eine Senkung der Lohnkosten wäre sicherlich der zweckmäßigere Weg gewesen, die Arbeitsnachfrage zu beleben.

Resümee

Der durch die Wiedervereinigung ausgelöste Nachfrageboom führte in allen Wirtschaftsbereichen zur Ausdehnung der Produktion sowie der Beschäftigung. Auch Ende 1997 lag die Bruttowertschöpfung insgesamt in Westdeutschland deutlich über dem vom IWH-Modell ohne Wiedervereinigung für Westdeutschland prognostizierten Niveau.

Gemessen an der Beschäftigung konnten nicht alle Wirtschaftsbereiche anhaltend von dem Nachfrageboom profitieren. Da ein Großteil der Kosten für die West-Ost-Transfers auf die Arbeitskosten überwälzt wurde, reagierten die Firmen mit weitreichenden Rationalisierungsmaßnahmen, um die Produktivität zu steigern. Nur in den Wirtschaftsbereichen Handel und Dienstleistungen lag das Beschäftigungsniveau Ende 1997 noch über der Prognose des IWH-Modells. Auch der zunächst positive Impuls auf die Ausrüstungsinvestitionen war von kurzer Dauer. Insgesamt zeigt sich eine Verlagerungsentwicklung hin zu den Wohnungsbauinvestitionen sowie ein beträchtliches Investitionsengagement in den neuen Bundesländern.

Die Tarifparteien haben die übermäßigen Lohnzuwächse zu Beginn der neunziger Jahre nicht vollständig korrigiert. Überdies wurden im Bereich der Finanzpolitik die nötigen Sparmaßnahmen nur mit deutlicher zeitlicher Verzögerung umgesetzt. Die Zukunft mag zeigen, ob die bereits skizzierte steuer- bzw. abgabenpolitische Strategie die erhofften positiven Beschäftigungseffekte haben wird.

¹² Richard Baldwin: The growth effects of 1992, in: Economic Policy, Bd. 4 (1989), S. 248-281.

¹³ Siehe Ullrich Heilemann, Hermann Rappen, a.a.O., S. 8.

¹⁴ Beispielsweise wurde 1994 der Körperschaftsteuersatz auf ausgeschüttete Gewinne von 36% auf 30% und jener auf einbehaltene Gewinne von 50% auf 45% reduziert.

¹⁵ Die Einzelmaßnahmen z.B. des Standortsicherungsgesetzes sind nachzulesen in Bundesministerium der Finanzen: Finanzbericht 1994, Bonn, S. 127-133.